

Förderung der Entwicklungsländer

Finanzielle Zusammenarbeit zur Friedensentwicklung

- **NUR FRIEDEN MACHT ENTWICKLUNG MÖGLICH**

Mehr als 90% aller Kriege und Konflikte seit 1945 haben in Entwicklungsländern stattgefunden und die Entwicklung dieser Länder massiv beeinträchtigt. Angesichts schwacher staatlicher Institutionen und ausgeprägtem Staatsverfall sind nationale Bemühungen gegen die Kämpfe, die überwiegend um nationale Macht und Ressourcen ausgetragen werden, häufig aussichtslos. Hier wird Unterstützung von außen notwendig. Die Einwirkungsmöglichkeiten der EZ sind begrenzt und gemeinsames Handeln aller Beteiligten daher eine wichtige Erfolgsvoraussetzung in diesem schwierigen Arbeitsumfeld. Dennoch erfüllt die Entwicklungszusammenarbeit eine zunehmend gewichtigere Aufgabe bei der Überwindung von Gewaltkonflikten und der Schaffung von Frieden und Stabilität. Das Thema „Friedensentwicklung und Krisenprävention“ ist aufgrund dessen seit Mitte der Neunziger Jahre zu einem festen Bestandteil der Entwicklungspolitik und damit auch der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) geworden.

- **FZ FÖRDERT FRIEDEN**

Die FZ verfügt über verschiedene Instrumente um Friedensentwicklung zu fördern. Zum einen können - anknüpfend an politischen Übereinkommen zwischen Konfliktparteien - FZ-Mittel zur Durchsetzung friedensrelevanter Bedingungen eingesetzt und damit beispielsweise die Umsetzung von Friedensabkommen unterstützt werden. Zum anderen können die von der FZ geförderten Vorhaben auf eine Friedensentwicklung hinwirken.

In den Vorhaben wird nicht in erster Linie durch die finanzierten Investitionen sondern vor allem durch die Art ihrer Ausgestaltung zur Bekämpfung struktureller Ursachen von Krisen beigetragen. Prinzipien dabei sind die Förderung von Legitimität und Transparenz des Staates, die Beteiligung der

Bevölkerung an politischer Willensbildung, die Förderung einer Kultur des gewaltfreien Interessenausgleichs und die Vermeidung wirtschaftlicher und sozialer Benachteiligung einzelner Gruppen. Unter Berücksichtigung dieser Aspekte kann FZ auf Krisenprävention hinwirken, sei es in einem landesübergreifenden Ansatz, in einem nationalen Programm oder auf lokaler Ebene. Ziel ist die Schaffung eines Umfeldes struktureller Stabilität in den Entwicklungsländern.

Vor allem aber auch in Nachkriegssituationen kann FZ durch eine Stabilisierung der Situation positiv wirken. Ein Großteil der Bevölkerung in Post-Konfliktländern lebt nach Beendigung der gewaltsamen Auseinandersetzungen in Armut und unter desolaten Lebensbedingungen. Daher unterstützt die KfW im Auftrag der Bundesregierung diese Länder auf ihrem Weg in den Frieden. Sie hilft die Lebensbedingungen der verbliebenen Bevölkerung, der zurückkehrenden Flüchtlinge und Vertriebenen sowie der Ex-Kombattanten und Soldaten zu verbessern. Durch die Förderung von Beschäftigung und Einkommen trägt sie zur wirtschaftlichen Wiederbelebung der Länder bei und damit zu einem ganz wesentlichen Faktor von struktureller Stabilität.

- **DEZENTRALISIERUNG ALS INSTRUMENT DER FRIEDENSKONSOLIDIERUNG**

Schwache Staaten, deren Institutionen das staatliche Gewaltmonopol nicht durchsetzen können und wichtige staatliche Dienstleistungen, wie den Zugang zu Einrichtungen des Bildungs- und Gesundheitssystems, Wasser, Abwasser und Müllentsorgung nicht bereitstellen können, schaffen Freiräume für Gewaltakteure und Unzufriedenheit unter den Bürgern.

Fehlende Möglichkeiten der Interessenartikulation und -vertretung für die Bevölkerung sind darüber hinaus wichtige Krisenursachen. Zentralistische Systeme und unzureichende regionale bzw. lokale Selbstverwaltung insbesondere bei Existenz ethnischer oder religiöser Minderheiten behindern friedliche Konfliktlösungen. Die KfW unterstützt daher die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung über nachfrageorientierte, partizipative Kommunalentwicklungsprogramme. Diese fördern die Möglichkeit der Menschen, an der politischen Willensbildung teilzuhaben und somit die Legitimität und Akzeptanz staatlicher Stellen in der Bevölkerung.

Ein Beispiel dafür ist das Engagement der KfW im Niger. Angesichts schwacher zentralstaatlicher Strukturen und zur besseren Integration bisher abseits stehender Bevölkerungsteile (v. a. der Tuareg im Norden des Landes) strebt Niger durch Dezentralisierung eine innere Konsolidierung und Stärkung der lokalen Entwicklungsstrukturen an. Diesen Prozess unterstützt die KfW durch Übertragung von Entscheidungskompetenz und Selbsthilfepotenzial in dezentrale Strukturen mit Hilfe eines Kommunalentwicklungsfonds. Durch den Fonds wird der Konflikt in „kleine“ Aushandlungsprozesse transformiert. Unter Partizipation von Akteuren der Selbstverwaltung werden kleinere Einzelprojekte im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur identifiziert, finanziert und durchgeführt. Zivilgesellschaftliche Strukturen, künftig in Gemeinden integriert, werden als Planer, Betreiber und Eigentümer eigener Infrastruktureinrichtungen gestärkt. Das Programm hat einen besonderen Schwerpunkt im Norden des Landes, wo vor allem für die durch Strukturwandel und regionale Entwicklungen destabilisierte halb-nomadische Tuaregminderheit die Möglichkeiten verbessert werden, sich in ihrem traditionellen Lebensraum mit eigener Initiative unter veränderten Rahmenbedingungen eine neue Existenzbasis zu schaffen. So leistet das Programm auch einen Beitrag zur Friedensentwicklung im Norden des Niger.

- **Förderung von Transparenz und Rechenschaftspflicht**

In krisengefährdeten Ländern konterkariert fehlende Rechtssicherheit nicht nur Entwicklungsbemühungen, sondern begünstigt darüber hinaus die Entstehung von Konflikten. Ungeklärte Eigentumsverhältnisse, Klientelismus und Korruption führen zu einer Verstärkung des Misstrauens der Bevölkerung gegenüber dem Staat. In solchen Ländern versucht die KfW mit ihren Vorhaben Öffentlichkeit zu schaffen, Organisationen der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft zu beteiligen und so informellen Netzwerken und der einseitigen Durchsetzung von staatlichen Partikularinteressen zu begegnen.

Kambodscha befindet sich nach einem jahrzehntelangen Bürgerkrieg in einer Phase des Wiederaufbaus und der Transformation. Das Land ist trotz der Einleitung marktwirtschaftlicher Reformen und einer sich langsam stabilisierenden Demokratie geprägt durch ein starkes Gewicht des Staates und eine weit verbreitete Korruption. Die KfW versucht, den aktuellen Übergang zu rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Strukturen zu fördern. FZ-Aktivitäten unterstützten den Aufbau einer professionell arbeitenden korruptionsfreien und politisch unabhängigen NGO zu einer Bank (ACLEDA Bank). Seit Jahren sitzt die KfW neben anderen Gebern auch im Aufsichtsrat, um Transparenz sowie die Verbindung von Bankenstandards mit Entwicklungsorientierung sicherzustellen. ACLEDA hat sich mittlerweile zum Marktführer im Mikrofinanzsektor und durch ihr landesweites Filialnetz zur wichtigsten Bank für Kleinstunternehmen und Privatkunden entwickelt. Im Vergleich zu den in Kambodscha weit verbreiteten informellen bis illegalen Geschäftsgebaren hebt sich die ACLEDA Bank durch Effizienz, Transparenz und Kompetenz ab. ACLEDA Bank, die mit einem Kreditvolumen von 21,1 Mio USD ca. 80.000 Kleinstunternehmen mit Finanzdienstleistungen bedient, ist frei von politischem Einfluss auf ihre Geschäftspolitik und arbeitet nach rein bankmäßigen Kriterien und setzt so ein positives Beispiel für Transparenz und Rechenschaftspflicht.

- **STÄRKUNG ETHNISCH DISKRIMINierter GRUPPEN**

Ethnisch bedingte Diskriminierung von Bevölkerungsgruppen sowie die daraus resultierende fehlende Chancengleichheit ist häufig Ursache von lang andauernden sozialen Konflikten. Durch die Unterstützung der Beteiligung diskriminierter Gruppen an der politischen Willensbildung und der Berücksichtigung ihrer Interessen kann die KfW diesem Konfliktpotenzial entgegenwirken. Zum Beispiel werden über Vorhaben der Grundbildung und der Hochschulbildung in Guatemala ethnisch diskriminierte Gruppen gestärkt und so zur Stabilisierung des Landes und dem Wiederaufbau friedlicher Gesellschaftsstrukturen beigetragen.

Als wichtigste Ursache des Bürgerkrieges zwischen dem guatemaltekischen Staat und der Guerrilla, der 1996 beendet werden konnte, wird die gesellschaftliche Diskriminierung der Maya-Bevölkerung angesehen. Von den FZ-Maßnahmen zur Förderung von Regionalzentren der Universidad Rafael Landívar (URL) beispielsweise sollen vor allem aus diesen indigenen und/oder armen Familien stammende Studenten profitieren. Nach ihrem Studium an der URL nehmen sie überwiegend eine Tätigkeit in den betreffenden Regionen als Fach- und Führungskräfte auf und erlangen so die Voraussetzung, aktiv an der Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ihres Landes teilhaben zu können. Es wird damit ein Beitrag zur dortigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung und somit zur weiteren Umsetzung des seit Jahren stockenden Friedensprozesses und zur gesellschaftlich-politischen Modernisierung Guatemalas geleistet werden.

- **GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT**

Viele Gewaltkonflikte haben eine regionale Dimension. Bei zwischenstaatlichen Streitigkeiten über die Nutzung natürlicher Ressourcen kann die FZ mittels grenzüberschreitender Programme konkrete Lösungsansätze unterstützen und darüber hinaus den Dialog zwischen Nachbarländern fördern.

Im Südkaukasus stellen die territorialen Auseinandersetzungen zwischen Armenien und Aserbaidschan um die Enklave Berg Karabach und innere Unruhen in Georgien beträchtliche Konfliktpotenziale dar. Vor diesem Hintergrund leistet die so genannte Kaukasusinitiative der Bundesregierung seit 2001 einen spezifischen Beitrag zur Lösung der akuten und strukturellen Entwicklungsprobleme dieser Länder und gibt zugleich einen Impuls in Richtung regionale Zusammenarbeit. Die KfW finanziert im Rahmen dieser Initiative nationale und überregionale Projekte in den Bereichen Finanzsektor, Energie, Umweltschutz und Gesundheit. Im Rahmen dieser Vorhaben werden überregionale Kooperationen gefördert und vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den Ländern unterstützt und dadurch auch ein Beitrag zur Friedensentwicklung in der Region geleistet. Neben den investiven Maßnahmen beteiligt sich die KfW durch die Finanzierung von Konferenzreihen auch sehr aktiv am politischen Dialog im Südkaukasus, der eine wichtige Voraussetzung für regionale Kooperationen darstellt.

- **GEWALTPRÄVENTION IN STÄDTEN**

Auch jenseits von kriegerischen Auseinandersetzungen sind Beiträge zur Friedensförderung gefordert. Gewalt im häuslichen Bereich und Kriminalität sind in vielen Entwicklungsländern an der Tagesordnung. Vor allem die hohe Besiedlungsdichte in den Ballungszentren der Entwicklungsländer, die besonderen Lebensumstände und die sichtbare soziale Polarisierung auf engem Raum bergen ein hohes Potenzial gewaltsamer Konfliktaustragung. Armutsorientierte und partizipative Stadtentwicklungsprojekte können einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der „Kultur der Gewalt“ leisten, die durch Perspektivlosigkeit vor allem von jugendlichen Armen in vielen Metropolen und Großstädten der Dritten Welt entstanden ist. Diese tragen durch Bürgerbeteiligung und Verbesserung der Lebensbedingungen zur Stabilisierung des sozialen Umfelds in den marginalen Stadtteilen bei, wie z.B. das Programm „Konfliktbewältigung und Gewaltprävention in Stadtrandgebieten –Convivencia“ in Bogotá“.

In Kolumbien herrscht wegen verschärfter terroristischer Gewalt von Guerilla und Paramilitärs seit Mitte 2002 der Ausnahmezustand. Die Gewalt führt zu unkontrollierbaren Flüchtlingsströmen in Stadtrandgebiete. Die Gewaltkriminalität in der Hauptstadt Bogotá ist sehr hoch. Neben institutionellen Ursachen wie Korruption oder Rechtsunsicherheit fördern Probleme wie instabile Familienverhältnisse und schlechte Lebensbedingungen ein Klima von Gewalt. Mit dem Programm fördert die KfW in ausgewählten Marginalsiedlungen im Süden Bogotá das Zusammenleben der Bewohner. Sie finanziert Maßnahmen zur Konfliktprävention und -bewältigung sowie zur Eindämmung der intrafamiliären Gewalt (z. B. Anlaufstellen für Familien) um eine Kultur der friedlichen Konfliktbewältigung zu fördern. Außerdem wird durch Schaffung kommunaler Infrastruktur und öffentlicher Stätten der Begegnung zur Verbesserung des Wohnumfelds beigetragen. So werden vor allem für die Bewohner der unteren sozialen Schichten die Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben verbessert.

- **WIEDERAUFBAU DER INFRASTRUKTUR**

Nach Beendigung eines gewaltsamen Konfliktes steht die unmittelbare Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung im Vordergrund. Durch die Schaffung von Wohnraum, Wasser-, Gesundheitsversorgung und Einrichtungen der Grundbildung trägt die KfW zur Befriedigung der Grundbedürfnisse der Menschen bei. Darüber hinaus unterstützt die FZ mit dem Bau von Brücken und Straßen sowie der Wiederherstellung der Basisenergieversorgung die Bevölkerung bei der friedlichen Rückkehr ins zivile Leben. Die positiven Signalwirkungen des schnellen und sichtbaren Wiederaufbaus vermitteln den Menschen eine Zukunftsperspektive sowie Vertrauen in die Nachkriegs-Ordnung. Die gezielte Berücksichtigung von benachteiligten Bevölkerungsgruppen oder Regionen trägt zusätzlich zur Entschärfung bestehenden Konfliktpotenzials bei.

Mit dieser Zielsetzung unterstützt die KfW im Rahmen ihres Sofortprogramms seit Januar 2002 den Wiederaufbau in Afghanistan. Nach 20 Jahren kriegerischer Auseinandersetzungen und unter der menschenunwürdigen Herrschaft des Taliban-Regimes ist die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur des Landes weitgehend zerstört. Nach einer Bestandsaufnahme der Bedingungen vor Ort wurden von der KfW in Absprache mit der afghanischen Übergangsregierung die dringendsten Bedürfnisse der Menschen analysiert. Dies sind die Verbesserung der Trinkwasser- und Energieversorgung, der Bau von Gesundheitseinrichtungen sowie ihre Ausrüstung mit medizinischen Geräten und Medikamenten; die Rehabilitierung von Grundschulen und ihre Ausrüstung mit Mobiliar und Unterrichtsmaterialien. Mit der unmittelbaren Umsetzung der geplanten Maßnahmen trägt die KfW zur Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für die Rückkehr des Landes zum Frieden bei.

- **SCHAFFUNG VON BESCHÄFTIGUNG UND EINKOMMEN**

Neben der zerstörten Infrastruktur stellt die schlechte Arbeits- und Einkommenssituation der Bevölkerung vor allem in Post-Konfliktländern eines der Hauptprobleme dar. Mit der schnellen Durchführung von Beschäftigungsprogrammen nach Beendigung von gewaltsamen Auseinandersetzungen ermöglicht die FZ Arbeitskräften einen temporären Zugang zu entlohnter Beschäftigung. Durch das so geschaffene Einkommen stärkt die KfW das Selbsthilfepotenzial der Menschen und bietet ihnen die Möglichkeit, die Lebensbedingungen ihrer Familien zu verbessern.

Beispielhaft für die Schaffung von Beschäftigung und Einkommen sind die Vorhaben der KfW in den Palästinensischen Gebieten. Die Lebensbedingungen der Menschen in der Westbank und im Gazastreifen sind hochgradig abhängig vom Verlauf des israelisch-palästinensischen Konflikts. Sie haben sich seit Ausbruch der "Al-Aqsa-Intifada" im Herbst 2000 drastisch verschlechtert. Armut und Arbeitslosigkeit sind aufgrund der Ausgangssper-

ren und Blockaden für Personen- und Güterverkehr sehr stark angestiegen. Trotz der derzeit prekären Sicherheitslage wurden die 1995 begonnenen FZ-Beschäftigungsprogramme in den palästinensischen Gebieten das FZ-Engagement vor Ort weiter verstärkt. In den Programmen wird durch die kurzfristige Schaffung von Arbeitsplätzen die Einkommenssituation von palästinensischen Familien verbessert. Darüber hinaus trägt der arbeitsintensive Bau und Erweiterung von sozialer Infrastruktur, insbesondere von Schulen, in besonders von Armut betroffenen Regionen zur Bekämpfung von sozialer Armut bei.

- **REINTEGRATION VON EX-KOMBATTANTEN**

Die Reintegration von Ex-Kombattanten und Soldaten in die Zivilgesellschaft ist essentiell für die erfolgreiche Stabilisierung eines Post-Konfliktlandes und die Sicherung des Friedens. Wird den ehemaligen Kämpfern nicht unmittelbar nach ihrer Entwaffnung eine Perspektive für ein neues Leben geboten, so sind Bandenbildung und die Verbreitung von Gewaltkriminalität wahrscheinlich.

In Ruanda unterstützt die KfW den Friedensprozess durch die Reintegration von Ex-Kombattanten in das zivile Leben. Bis Ende 2005 rechnet die ruandische Regierung mit der Rückkehr von insgesamt 80.000 ehemaligen Soldaten und Kämpfern verschiedener Gruppen in die zivile Gesellschaft. Rund 10% der ehemaligen Kämpfer sind kriegsversehrt und können mit wenigen Ausnahmen medizinisch nicht versorgt werden. Durch das Kooperationsprogramm zur Unterstützung der Reintegration werden neben anderen Maßnahmen landesweit Kriegsversehrte medizinisch behandelt und mit Mobilitätshilfen versorgt. Die gesundheitliche Rehabilitierung der ehemaligen Kämpfer bildet eine essenzielle Voraussetzung für die soziale und wirtschaftliche Reintegration ehemaliger Kämpfer in die zivile Gesellschaft.

Weitere Informationen:

Christina Kükenshöner

Tel. (069) 74 31 - 20 41

E-Mail: christina.kuekenshoener@kfw.de